

Japan, mit dem der Briefwechsel schließt. Der Gedanke vom kapitalistischen Weltreich des Friedens wird durch die Tatsachen widerlegt. Die Folgerichtigkeit der Wirkungen finanzkapitalistischer Unternehmungen führt zu immer neuen Kriegsmöglichkeiten. Der Bankdirektor Deuridge, der Verbündete Vanbrugh's, muß zum Schluß folgenden Aktionsplan unterbreiten, nach dem die Beherrschung von Kupfermarkt und Presse völlig gelungen:

„Es ist mir ein schwacher Trost, daß ich nur ganz selten so misfamtig an Sie zu schreiben brauchte, wie es heute geschieht. Leider ist weder an der Londoner Börse, noch an einer anderen Stelle, dem Kapital beizukommen, daß die japanische Kriegsindustrie finanziert. Offenbar sind die Japaner die einzigen, die begriffen haben, daß sie das Kapital, dessen Dienste sie sich verschrieben haben, internieren müssen, wollen sie ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht sicher bleiben. Da man sich dem Kapital der Mittelmächte im Kriege noch, jedenfalls aber später auf Gefechtsweite wird nähern können, bleibt als letzter und größter Feind unserer Pläne Japan übrig, das, wie Sie in Ihrem Schreiben ja andeuten, auch den Generalnennern für Rußland und China darstellt. Rußland hat durch seine Teilnahme am europäischen Kriege bereits jede Selbstständigkeit verloren. Aber vielleicht ließe sich China bei reichlicher Kapitalunterstützung (gegen Konzeptionen selbstverständlich), zu einem Waffengang gegen Japan werden. Veranlassung hat es ja genügend. Japan wäre dann an allen Waffenlieferungen nach Rußland und damit an aller wirtschaftlichen Ausbreitung gehindert. Wenn China in diesem Kampfe unterliegen würde, so wäre doch Japan genügend geschwächt, um durch einen Einspruch der Staaten an der Realisierung seines Sieges verhindert zu werden. Inzwischen müßte selbstverständlich der europäische Krieg weiter dauern und Japans Freunde so erschöpfen, daß sie ihm keine Hilfe gegen uns bieten könnten. Vor allen Dingen aber muß den versuchten technischen Leistungen der Deutschen — die Bilanz des Weltgeschehens droht durch sie verheert zu werden — die Energie abgeschnitten werden.“

Darauf antwortete das personifizierte Kapital, Frederick Vanbrugh:

„Nun behalten Sie kühles Blut: Wir müssen in spätestens 4 Wochen Japan in einen Krieg mit China verwickelt haben. Und spätestens in der gleichen Zeit muß Deutschlands Tauchbootkrieg aufgehört haben. Seien Sie froh: Wir haben diese beiden nahen Ziele, und wir setzen jetzt Macht und Kraft bis zum allerletzten ein, um sie zu verwirklichen! Erreichen wir sie, so gelingt unser großes Werk!“

In diesen Briefen wird die Utopie des „dauernden Friedens“ auf kapitalistischer Grundlage besser gekennzeichnet, wie durch lange theoretische Ausführungen. Natürlich handelt es sich hier um eine dichterische Erfindung, die vorhandenen Strömungen und weltpolitischen Situationen zu einer spannenden Handlung, nicht frei von romanhaften Konstruktionen, benutzt. Das Bild der ruhelos rücksichtslosen Arbeit des Finanzkapitals, seiner Methoden und Mittel, seinen wirtschaftlichen und politischen Aktionen, das der ungewöhnlich sachkundige Verfasser gibt, ist lebensecht und selten anschaulich. Die Lektüre des Romans sei dem westpolitisch interessierten Arbeiter empfohlen.

Der starke Eindruck von der Macht des Finanzkapitals, das ja nicht nur in Amerika zu Hause ist, wird den Leser zum Studium westpolitischer Fragen anregen und in ihm den Gedanken festigen, daß der ersehnte Friede im Interesse der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung Europas liegt. Neues Gesamtinteresse wird aber nicht von einzelnen Kapitalistengruppen vertreten, sondern es ist die geschichtliche Aufgabe des internationalen Proletariats, im Kampf gegen das Finanzkapital die wirtschaftliche Zukunft der Menschheit zu sichern. Demokratischer Sozialismus gegen wirtschaftlichen Absolutismus von Kartell und Bank!

Ein Zwiegespräch.

Von Iwan Turgenjef.

Die höchsten Gipfel der Alpen. . . Eine ganze Kette steiler Felsenhänge. . . Mitten im Herzen der Gebirge.

Ueber den Bergen ein blaßgrüner, heller, stummer Himmel. Durchdringende heftige Kälte; fester, funkelnder Schnee; und aus dem Schnee empor ragen finstere, eisbedeckte, wetterumbraunte Felszacken.

Zu beiden Seiten des Horizonts erheben sich zwei ungeheuerer Riesen: Die Jungfrau und das Finsteraarhorn.

Und die Jungfrau spricht zu ihrem Nachbar: „Was hast du mir Neues zu sagen? Du kannst deutlicher sehen. . . Was geht da unten vor?“

Einige Tausend Jahre rauschen vorüber: eine einzige Minute. Und zur Antwort donnert das Finsteraarhorn: „Dichte Wolken verhüllen die Erde. . . Warte!“

Wiederum schwinden Jahrtausende: eine einzige Minute.

„Nun, und jetzt?“ fragt die Jungfrau.

„Seht seht ich; dort unten ist noch alles wie es war: bunt-scheckig und klein. Blaue Wasser, schwarze Wälder und graue aufgeschüttete Steinmassen. Und um dieselben herum wimmelt es noch immer von Käferchen — weist du, von jenen Zweifelhäutern, die noch nicht ein einziges Mal weder dich noch mich zu beschmutzen vermochten.“

„Sind das die Menschen?“

„Ja, die Menschen.“

Tausende von Jahren vergehen: eine einzige Minute.

„Nun, was jetzt?“ fragt die Jungfrau.

„Es scheint, die Käferchen haben sich vermindert,“ donnert das Finsteraarhorn; „es ist da unten heller geworden; die Wasser haben sich zusammengezogen, die Wälder sind gelichtet.“

Abermals ziehen Tausende von Jahren dahin: eine einzige Minute.

„Was siehst du jetzt?“ sagt die Jungfrau.

„Um uns herum, hier in der Nähe scheint es rein geworden zu sein,“ antwortet das Finsteraarhorn; „allein dort in der Ferne, in den Tälern bemerke ich noch immer Flecke, seht ich wie früher sich etwas bewegen.“

„Und jetzt?“ fragt die Jungfrau nach weiteren Jahrtausenden — einer einzigen Minute.

„Jetzt ist alles gut,“ antwortet das Finsteraarhorn; „wohin ich auch blicke, überall ist es vollständig weiß und rein. . . All-überall unser Schnee, Schnee und Eis. Alles ist erstarrt. Jetzt ist es ruhig und gut.“

„Gut,“ wiederholt die Jungfrau. „Doch nun genug geschwätzt, Alter. Jetzt müssen wir schlafen.“

„Schlafen.“

Und die Bergriesen schlafen; und es schläft der grüne helle Himmel über der auf ewig verstummten Erde.

Februar 1878.

Statuen und Galgen stehen in politischen Stürmen nahe aneinander, und mancher ist schon gegangen, der eine Bürgerkronen verdient hätte.

Berichtigung.

Unser Druckfehlerheftel ist satirisch geworden. Er wirft den Unabhängigen kichernd ein „Monopol an Mut zur Konsequenz“ vor, wo wir von einem Mangel an Mut sprechen wollten. Wenn der kleine Kobold selbst die Herren nur noch ironisch nimmt, dann müßten sie die Arbeiter doch endlich auch richtig einzufächeln lernen.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 30

Erscheint wöchentlich einmal. Int. Institut Bremen, den 28. Juli 1917
Redaktion u. Expedition: Soc. Geschiedenis
Amumderstraße Nr. 23

Einzel-Nummer 15 Bfg. Durch die Post bez.: monatlich 60 Bfg., vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

An die linksradikalen Ortsgruppen und Genossen!

Die historischen Notwendigkeiten vollziehen sich mit eherner Konsequenz und überraschender Schnelligkeit. Als die linksradikalen Ortsgruppen Bremen und Hamburg am 5. Mai in unserem Blatte einen Aufruf zur Gründung von Ortsgruppen erließen, erklärten sie: „Die Gruppe „Internationale“ hat, mag sie sich gebärden, wie sie will, durch den Zusammenschluß mit dem Parteizentrum ihre organisatorische Selbstständigkeit aufgegeben. Sie ist, nachdem sie geistig von allem Anfang versagte, nun auch organisatorisch von der Führung der Linksradikalen zurückgetreten.“ Was damals eine rein logische Schlussfolgerung war, heute ist es offenbare Tatsache. Und mehr noch hat sich erwiesen, damals konnten Hoffnungsreiche noch erwarten, daß die Gruppe „Internationale“ durch kraftvolles Drängen im neuen Rahmen, wenn auch wieder auf dem Wege zerfleischender innerer Kämpfe, die Orientierung der Arbeiterklasse fördern werde. Die Hoffnungen sind elend zu schanden geworden. Organisatorisch hat die Gruppe „Internationale“ wiederum und notwendigerweise versagt, indem ihre allmächtigen Führer die um ihre Gruppenselbstständigkeit kämpfenden Ortsgruppen im Stiche ließen. Damit hat die Gruppe „Internationale“ ihre Selbstständigkeit, die sie sich in der alten Partei aus eigenem Recht geschaffen, in der neuen Organisation aufgegeben und sich damit um jeden politischen Einfluß gebracht. Politisch ist ihr Versagen total. Nichts zeigt dies deutlicher als ihre Stellung zur Stockholmer Konferenz. Nach anfänglicher Absage an diese Konferenz der Sozialpatrioten eine vollkommene nur notdürftig bemäntelte Unterwerfung unter die Unabhängigen, die in Stockholm der Zimmerwalder Linken eine glatte Absage erteilten und die pazifistische Illusion des Verständigungsfriedens zur Plattform rein parlamentarischer Diplomatenkunst erhoben. Kaum ein Vierteljahr hat die Gruppe „Internationale“ an den Folgen ihrer Selbstentmannung in Gotha laboriert. Die Gruppe „Internationale“ ist tot.

Die Tatsachen haben die Entwicklung mächtig gefördert. An vielen Orten haben sich nach dem Hamburg-Bremer Aufruf linksradikale Ortsgruppen gebildet, zahlreich, jeden Pessimismus besiegend, sind die Zustimmungsschreiben, die bei uns eingelaufen sind. Die solide Grundlage für die Internationale Sozialistische Partei Deutschlands ist da. Eine Anzahl Genossen sind zu einem Aktionskomitee zusammengetreten, um die ersten Schritte für die Konstituierung der Partei zu unternehmen. Sie maßen sich keine Rechte an, denn nicht als neue Führerpartei kann das deutsche Glied der neuen Internationale entstehen. Sie wollen nur die nötigen Handreichungen tun, wo ein neues politisches Wesen zum Leben drängt. Deshalb fordern sie alle Gruppen auf, schleunigst die Frage der Gründung einer neuen Partei, ihr Programm, ihre Organisationsform zu besprechen und bis spätestens Mitte August ihre Vorschläge an die Redaktion der „Arbeiterpolitik“ einzureichen. Die Genossen, welche keiner Ortsgruppe angeschlossen sind, werden aufgefordert, im selben Sinne mitzuarbeiten. Das vorläufige Aktionskomitee wird das eingegangene Material sammeln und dann schnellstens die weiteren Schritte vornehmen. So, aus der Zusammenarbeit aller gleichgesinnten Elemente, wird eine Partei entstehen, kampffähig und tatkräftig zur Erfüllung der großen Aufgaben, die die Zukunft und die Gegenwart schon von der deutschen Arbeiterklasse heischt.

Das Aktionskomitee.

Inhalt:

An die linksradikalen Ortsgruppen und Genossen	Seite 225
Ein Hornberger Schießen	225
Das Spiel von Stockholm	227
Der Fortgang der russischen Revolution	229
Die Offensive und die Stockholmer Friedenskonferenz	230
Ein Brief Lenins an den Bauernkongreß	232

Ein Hornberger Schießen.

Freude war in Trojas Hallen, eh' die stolze Feste fiel! Wiedergeburt des gesamten politischen Lebens Deutschlands, jubelte es durch den Blätterwald, demokratisches Wahlrecht, parlamentarisches Regime und der holde

Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen. Schon war der Sieg errungen, schon waren die moralischen Eroberungen eingeholt. Aus der engen Brust entrang sich das Manneswort: Sire, geben Sie Demokratie, und Bürgerglück wird dann versöhnt mit Fürstengröße wandeln! Und sie bekamen ihren Herzog Alba, ihr Opfer. Bethmann ging! Der Jubel ging in Delirieren über. Alles war erreicht.

Eh' die hohe Feste fiel! Dann kam der neue Kanzler, ohne das Parlament gefragt zu haben. Ein Bürokrat, in des Geschäftsgangs dreißigjährigem Trott eingelaufen. Ein Mann ohne politische Vergangenheit. Ein Mann ohne Programm. Die Minister aber sitzen noch auf ihren Sesseln und kein David hat sich ihnen

zugelassen. Und der Kanzler sprach: Wo blieben denn die großen Töne von Freiheit und Frieden? Na ja, ein paar Männer, die das Vertrauen des Volkes besitzen. Aber kusch dich, Reichstag: Die Führung behalten wir. Das Friedensprogramm? Machen wir! Wie ich es auf-fasse, versteht sich, unter der Voraussetzung, daß die Grenzen des Reiches für alle Zeiten sichergestellt werden. Das Haus klatscht Beifall, erst die Linke, beim Nachsatz die Rechte. Bethmann konnte es auch so, nur machte er es eleganter.

Der Reichstag aber erledigte schleunigst seine Auf-gabe. Er bewilligte den Milliardenkredit und vertagte sich, ohne auch nur die Miene zu machen, sich irgend welchen Einfluß auf die innere und äußere Politik zu sichern. Das erhabene Schauspiel der Verfassungskrisen von 1908 und 1910 hat sich wiederholt.

Ganz verbattert stehen die Herren um Scheidemann da. Sie hatten dem Volke den Himmel auf Erden ver-sprochen und jetzt verweigert die Regierung auf die sie ohne Akzept trauert hatten, die Zahlung. Es war das notwendige Resultat einer Politik mit großen Worten und schönen Gesten. Die Herren oben wissen zu genau, was sie selbst auf Drohungen zu geben haben, hinter denen kein Wille steht. Sie schätzten es richtig ein, wenn die „Münchener Post“ den Knüppel schwenkte:

„Die Osterbotschaft verhieß uns eine „neue Zeit“, einen „Ausbau unseres inneren politischen, wirtschaft-lichen und sozialen Lebens“, die freie und freudige Mit-arbeit aller Glieder unseres Volkes! Und bis zur Stunde hat die Regierung dem Volke noch keine Sicherheiten geboten, daß dieses Programm auch wirklich erfüllt werden soll. Noch besteht in Preußen-Deutschland der Halb-konstitutionalismus und das persönliche Regiment zu Recht. Will der Reichstag auseinandergehen, ohne daß ihm das Recht der Mitbestimmung über die Lebensfragen des deutschen Volkes eingeräumt ist! Wir stehen vor einer Schicksalsstunde des deutschen Volkes. Noch nichts ist geschehen was der deutschen Volksvertretung das Recht zur Gestaltung seiner äußeren und inneren Politik sichert. Der Reichstag kann und darf nicht auseinandergehen, ohne daß nicht die Demokratisierung und Parlamentari-sierung Preußen-Deutschlands eingeleitet ist!“

So hieß es vor der Kanzlerrede. Nachher schrieb der „Vorwärts“:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat auch diesmal wieder, wie bisher stets, die Kriegskredite be-willigt. Die Frage, ob die Erklärungen der Regierung zur Friedensfrage ausreichend waren oder nicht, verliert an Bedeutung, da der Reichstag selbst eine ausreichende, die Regierung bindende Erklärung abgegeben hat. Diese Erklärung herbeigeführt zu haben, ist der große Erfolg des letzten Sessionsabschnittes. Er hätte nicht erreicht werden können, wenn die Sozialdemokratie durch eine Aenderung ihrer bisherigen Taktik in der Kreditfrage die Mehrheit gesprengt hätte. Dadurch aber, daß die Sozialdemokratie diese Taktik beibehielt, ist eine zer-schmetternde Niederlage der Annexionisten herbeigeführt worden.“

Die Scheidemannier eilten, sich zu vertagen. Sie hatten ja die zerschmetternde Niederlage der Annexion-isten! Und wodurch diese Niederlage? Dadurch, daß sie krampfhaft an der Kanzlerrede mit der interpretierten Friedensresolution heruminterpretierten.

Fragen wir uns, was der Sinn der ganzen, nun-mehr so gut wie abgeschlossenen Parlamentsaktion ge-wesen ist. Deutlich hat das die „Deutsche Tageszeitung“ begriffen, die am 9. Juli schrieb:

Es hieß das deutsche Volk beleidigen und herabwürdigen, wenn man glauben sollte, man müßte durch politische Maßnahmen wie durch ein Narkotikum über die Lebensmittelknappheit hinweg-täuschen.

Nun lag es freilich dem Agrarierblatte gar nicht so sehr am Herzen, die Ehre des deutschen Volkes vor den Angriffen des Blocks von Erzberger bis Scheidemann zu retten, aber es hatte noch über seine Feindschaft gegen alle Demokratie hinaus Ursache, auf der Hut zu sein und die Aufmerksamkeit immer wieder auf den Aus-gangspunkt der ganzen Bewegung zu lenken. Abgesehen von diesem wirklichen Ausgangspunkt handelte es sich nun tatsächlich um die Nachgeburt von 1848, die noch immer nicht vom Mutter Schoß der Feudalzeit loskommen kann. Es handelt sich noch immer um den Kampf zwischen Bürgertum und Junkerherrschaft. Der Ana-chronismus, daß im Reiche der gewaltigsten Kapitalis-macht und der stürmischen Industrialisierung noch immer die Junker die Macht in den Händen haben können, ist für alle geklärt. Die Junker werden von der Bourgeoisie gehalten, weil diese ihre steifen Nacken und tüchtigen Fäuste für die unten braucht. Die mächtigste Kapitalisten-gruppe, die der Schwerindustrie, lebt sogar in engerer Interessengemeinschaft mit den Agrariern (Zoll- und Klassenpolitik). Dem mittleren und Handelskapital kommt der Unterhalt des starken Wächters vor den Klassenprivilegien aber oftmals teuer zu stehen und des-halb immer wieder die Versuche, ihn abzuschütteln und die Politik allein zu machen.

Während des Krieges sind die Gegensätze ziemlich latent geblieben. An den Kriegszielen hatten die Agrarier zwar kein allzu starkes Interesse. Im Gegenteil hätte ihnen der volle Erfolg in der Kleinasienpolitik recht un-bequem werden können durch die von den Imperialisten erträumten Erschließung einer neuen großen Agrar-konkurrenz in Mesopotamien. Aber die Junker rechneten mit der durch den Sieg gewaltig gesteigerten reaktionären Macht der Militärpartei, die spielend Herr der inneren Widerstände werden würde.

Die Kapitalisten brauchten jetzt mehr als je die starken Männer auch gegen den äußeren Feind. Während des Krieges vollzog sich die Machtverschiebung unter den herrschenden Klassen stark zum Schaden der Junker. Wohl zogen sie aus der Abschneidung der Lebensmittel-konkurrenz ungeheure Gewinne. Aber die Landwirtschaft kann heute den Profit nicht so leicht zur Machtsteigerung verwenden, wie das Kapital in Industrie und Handel, das seine Position durch Kapitalsakkumulation beständig stark befestigt und dies besonders während des Krieges besorgt hat. Die Zukunft der Junker hängt nicht so sehr von den Kriegszielen, als vom Erfolge überhaupt, vom Siege der Waffen ab. Sie sind deshalb für den rücksichtslosen Kampf bis zum Ende.

Anders die mittlere Industrie, die abhängig ist von der Konsumtionskraft der Arbeiter und dem Export. Bei den drohenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach dem Kriege fürchtet sie sehr eine rücksichtslose agrarische Politik. Darum der Versuch, die Agrarierherrschaft zu stürzen. Das Mittel dazu wäre die Verdrängung der Junker aus ihrer Machtstellung in Preußen und die Ersetzung des Bureau-

kratenregiments durch eine parlamentarische Regierung, die weit genug von der Demokratie entfernt ist. Aber Sorge, ob es gelingen werde, der Verfassungskampagne am entscheidenden Punkte Halt zu gebieten, schwächte schon ihre Angriffskraft. So ging ihre Aktion wieder wie das Hornberger Schießen aus. Ein Schuß ins Blaue.

Die Scheidemannier fühlten sich in dem Feldzuge als die Führer, waren aber in Wirklichkeit nur der Vor-spann, der von den Nationalliberalen dirigiert wurde. Sie wurden auch rechtzeitig zum Stehen gebracht. Der Kampf gegen die Junker hat bisher die Kräfte der Sozialdemokratie vollkommen aufgezehrt. Das ist eine der Ursachen mit für den Parteizusammenbruch. Nicht wegen dieses Kampfes an sich, sondern weil es der einzige Kampf war, weil er durchaus im Kielwasser der bürger-lich kapitalistischen Gruppen geführt wurde. Das raubte der Partei jede eigene Initiative, das lenkte sie ab vom eigentlichen Gegner, dem Kapitalismus, der die Sozial-demokratie für sich ins Feuer schickte. Das führte die Partei von einer Niederlage zur andern, weil die Kapital-isten beim Auftreten der Arbeiterklasse stets rechtzeitig an den größten Feind erinnert wurden und die Sache wieder fallen ließen. Veragte aber diese bürgerliche Führung, dann klappten auch die parlamentarischen Führer der Arbeiterklasse zusammen. Siehe die preußische Wahlrechtsbewegung. Die Zermürbung der proletarischen Kampfkraft war die Folge. Nur eine klare selbständige Arbeiterpolitik, die den Kapitalismus in all seinen Er-scheinungen angreift, kann Erfolge haben. Aber wer kann solche Politik von den Scheidemannern verlangen!

Das Spiel von Stockholm.

1.

In allen kriegsführenden Ländern sind die Augen der Volksmassen nach Stockholm gerichtet, wartend auf ein Wunder, das retten soll. Dieses Wunder soll Stockholm bringen. Glückwünsche begleiten die Führer der ehemals sozialdemokratischen Parteien, die sich nach Stockholm begeben. Und von Stockholm fliegen Telegramme über die Arbeit der Retter der Menschheit, von Paris, London, Washington Telegramme über die Beforgnisse, die diese Beratungen bei den Regierungen der Entente erwecken. Nichts erfüllt einen wirklichen Sozialdemokraten mit niederdrückenderen Gefühlen, als das Bewußtsein, daß breite Volksmassen das gegen sie gerichtete Spiel noch nicht durchschaut haben. Denn was anders äußert sich in diesen Hoffnungen auf Stockholm, als die Tatsache, daß die Arbeiterschaft der kriegsführenden Länder noch auf einen Erlöser wartet? Und was ist das Resultat dieser Hoffnungen auf das Wunder von Stockholm? Die Massen werden Monate lang mit unerfüllbaren Hoff-nungen genasführt, um sich nach ein paar Monaten dort zu erblicken, wo sich heute befinden: . . .

Es gibt keine wichtigere Aufgabe jetzt als das Spiel von Stockholm zu demaskieren.

Vor uns liegt der Fragebogen der skandinavisch-holländischen Kommission, auf den die Teilnehmer der Vorkonferenzen antworten sollen, wodurch eine Grund-lage für die allgemeine Konferenz gewonnen werden soll. Der Fragebogen beginnt mit der Frage nach der Stellung der befragten Partei zu den Friedensbedingungen: Annexionen, Kriegsschädigungen, dem Selbst-

bestimmungsrecht der Völker, Abrüstung, Freiheit der Meere usw. Den Kern aller dieser Fragen bildet also die Frage: Wie reformieren wir den Imperialismus? Drei Jahre zeigt der Krieg, daß der Imperialismus alle Verträge, die seinem Drange nach Profit im Wege stehen, mit voller Rücksichtslosigkeit zerreiht, und das Prole-tariat soll sich als Aufgabe stellen, neue „Papierchen“ zu erlangen! Die letzten Großstaaten, die dank besonderer Bedingungen ihrer historischen Entwicklung keinen Mili-tarismus hatten, stampfen Kiesenarmeen aus dem Boden, der Arbeiterinternationale aber wird das Phantom der Abrüstung vor die Augen geführt! Drei Jahre lang wird vom Kapitalismus das Recht der Selbstbestimmung der Massen nicht nur über ihre Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Staate, sondern über ihr Leben oder Tod mit Kanonen streitig gemacht und die Herren Sozial-patrioten vom skandinavisch-holländischen Komitee haben die eiserne Stirn den Arbeitermassen Fragen zu stellen, die ihnen den wahren Sachverhalt verhüllen sollen. Das Verbrechen der Verhüllung der Unmöglichkeit einer Re-form dieses imperialistischen Systems ist umso größer, als drei Jahre des Krieges die objektiven Voraussetzungen des Sozialismus im Eiltempo reifen ließen: die ungeheure Konzentration der Produktion auf der einen Seite, auf der andern Seite die Unmöglichkeit der Tilgung der un-geheuren Kriegslasten.

Die Fragen des skandinavisch-holländischen Komitees über die Friedensbedingungen sind für die Massen ir-re-führend. Aber man könnte vielleicht annehmen, daß man hier mit Illusionen der großen Staatsmänner aus den holländisch-skandinavischen Provinz zu tun hat, da doch die Kleinstaaten von jeder der Nährboden von allerhand Utopien über die schmerzlose Rettung der Menschheit waren.

Welches sind nun die Mittel, mit deren Hilfe die Herren Sozialpatrioten ihre „Friedensbedingungen“ er-reichen wollen? Sie behandeln die Mitarbeit der Neu-tralen, die direkte Mitarbeit der Parlamente, der soziali-stischen Parteien, von der Einflußnahme auf die Friedens-verhandlungen der Regierungen, von der Einsetzung von Studienkommissionen. Nur die kleine Frage, ob diese Reformen, wenn sie zu verwirklichen wären, das Bild der Welt ohne die Hilfe des Proletariats ändern würde, haben sie vergessen. Danach fragen die Herren Retter der Menschheit nicht, ja alle ihre Fragen haben den einzigen Zweck, diese einzige Frage verschwinden zu lassen. Und wie könnte es anders sein?

Das skandinavisch-holländische Komitee besteht aus kleinbürgerlichen Opportunisten, die bei sich zu Hause eine Politik des Schachers und Kompromisses treiben, die während der großen Weltkrise mehr oder weniger als Agenten des einen oder des anderen imperialistischen Lagers auftraten. Herr Branting ist der Vertrauensmann der Ententeregierungen: schwedische wie schweizer Genossen bekommen keine Reisepässe nach Rußland, wenn ihnen Herr Branting kein Zeugnis der guten Gesinnung aus-stellt. Herr Troelstra ist nach der Niederwerfung Belgiens nach Berlin geeilt, um von dem deutschen Staatssekretär Zimmermann die Versicherung der Liebe zu den unter-drückten kleinen Völkern entgegenzunehmen, und sie dem holländischen Volke zu überbringen. Das sind die Minos und Kadamantes, vor deren Tribunal die Sozialpatrioten aller Länder eilen. Wir kennen schon die Fragen, die

an sie die Herren Troelstra und Branting stellen. Hören wir jetzt die Antworten, die die Kämpfer für den „gerechten Frieden“ erteilen.

2.

Da sprachen die bulgarischen Sozialpatrioten, nette Liebe, gute Sozialdemokraten, die nur von so böswilligen Menschen, wie es die bulgarischen radikalen Sozialdemokraten sind, als kleinbürgerliche Opportunisten dargestellt werden können. Natürlich sind so gute Sozialdemokraten für einen allerbesten Frieden, natürlich sind sie gegen Annektionen: nur die rumänische Dobruđa möchten sie annektieren, weil dieses Land einmal Bulgarien angehört und einen Korridor durch Serbien nach Oesterreich möchten sie auch haben, und was die bulgarischen Gebiete in Mazedonien anbetrifft, die den Streitgegenstand zwischen Serbien und Bulgarien bilden, den möchten sie auch haben.

Die radikalen Sozialdemokraten Bulgariens, Serbiens, Rumäniens vertreten die Lösung der föderativen Balkanrepublik: die Balkanländer bilden geographisch wie wirtschaftlich ein Ganzes; national ist die Bevölkerung so durcheinander geschüttelt, daß eine Abgrenzung der einzelnen Nationen voneinander, ohne daß die eine oder die andere unter fremde Herrschaft gerät, ausgeschlossen ist. Nur die Vereinigung des ganzen Balkans in eine föderative Republik, bei Belassung der vollkommenen Autonomie an die am meisten national gemischten Territorien — wie Mazedonien — würde allen die Möglichkeit der freien Entwicklung gewähren. Aber dem stehen die Interessen der Balkandynastien im Wege, von denen jede ein möglichst großes Herrschaftsgebiet haben will, wie die Bourgeoisien des Balkans, die in sich gegenseitig Konkurrenten sehen: jede möchte ein möglichst großes Ausbeutungsgebiet haben. Das „Friedensprogramm“ der bulgarischen Sozialpatrioten stellt an sich nichts anders dar, als eben diese Bestrebungen. Keine Vereinigung der Balkanländer, sondern die Angliederung der Dobruđa, Mazedoniens an Bulgarien; keine Vereinigung der Balkanländer gegen den Imperialismus.

Aber lassen wir die Bulgaren in Ruhe, sehen wir uns die „Friedensziele“ der österreichischen Sozialpatrioten, die in Stockholm mit Viktor Adler und Karl Renner, den hervorragendsten sozialpatriotischen Führern, an der Spitze erschienen sind. Sie sind gegen Annektionen. Sehr schön! Was verstehen sie darunter? Sie fordern die Wiederherstellung Serbiens und Belgiens als selbstständige Staaten, aber das Verbleiben Bosniens, das von Serben bewohnt wird, bei Oesterreich. Warum? Weil sie für den Status quo sind, die Konservierung des Zustandes aus der Zeit vor dem Kriege? Nein, die österreichischen Sozialpatrioten sind keine Bewunderer des Status quo, denn sie gestalten die Karten Europas um. Finnland soll unabhängig werden, Polen auch. Aber was für ein Polen? Russisch-Polen, bitte schön! Die Gerechtigkeit erfordert, daß diese Länder von der russischen Anarchie befreit werden, aber die deutsche und österreichische Ordnung bekommt jedem gut.

Denselben Charakter eines kapitalistischen Friedensprogramms trägt die Erklärung der deutschen Sozialpatrioten. Sie brüsten sich direkt in ihrer Presse damit, daß sie Gott behüte, in Stockholm keine Theorien, d. h. keine Grundsätze vorgebracht haben, sondern einen „realpolitischen“ Kompromißvorschlag. Wie sieht er aus?

228

Wiederherstellung Serbiens, Rumäniens, Belgiens, das ist die Gabe an die Entente. Deutschland bekommt aber seine Kolonien zurück. Ueber die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens entscheidet nicht dessen Bevölkerung, sondern sie wird durch Deutschland der Entente zuerkannt. Dagegen fordern die deutschen Sozialpatrioten die Unabhängigkeit Finnlands, Russisch-Polens.

Wieder fragt man sich, auf Grund welcher sozialistischer Grundsätze haben die deutschen Sozialpatrioten ihr Friedensprogramm zusammengebracht? Sie erkennen das Selbstbestimmungsrecht der Völker an. Man kann diese Formel annehmen oder ablehnen. Die deutschen Sozialpatrioten gebrauchen diese Formel nur, um dem russischen Arbeiter-Delegiertenrat eine Reverenz zu erzeigen, wie auch die Regierungen der Entente in Worten diese Lösungen des Arbeiter-Delegiertenrates anerkennen, um sie in der Praxis in ein Annektionsprogramm umzuwandeln.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hat in zwei Artikeln bewiesen, was sich hinter der jetzigen Anerkennung der Lösungen des Arbeiter-Delegiertenrates durch die deutschen Sozialpatrioten verbirgt. Auf Grund eines interessanten, bisher unveröffentlichten Materials, zeigt sie, wie die deutschen Sozialpatrioten zwei Jahre lang es in den Sitzungen der Fraktion zu verhindern suchten, daß die Fraktion diese Forderungen dem Kanzler gegenüber vertrete; jetzt sind sie alle ihre heißen Verteidiger!

Es verlohnt sich nicht, das Programm der deutschen Sozialpatrioten eingehender zu untersuchen, das Gesagte genügt, um zu zeigen, daß in ihm kein Verzicht auf den Imperialismus zum Ausdruck kommt, sondern daß es ein imperialistisches Verzichtprogramm ist. Deswegen bedeuten die Angriffe eines Reventlow auf dieses Friedensprogramm nichts mehr als seine Angriffe auf Bethmann-Hollweg: Es ist ein Protest eines extremen Imperialisten gegen den Standpunkt gemäßigter Imperialisten. Und die „Kölnische Zeitung“, das führende Organ der Nationalliberalen, konnte deswegen mit vollem Recht als imperialistisches Organ schreiben, es sei zwar mit dem Programm Scheidemanns nicht einverstanden, aber es müsse zugeben, daß dieses Programm sich auf dem nationalstaatlichen Boden bewege. Die „Bosnische Zeitung“, ein ausgesprochen imperialistisches Organ, schreibt am 18. Juni: „Nun wollen wir uns doch aber gar keiner Täuschung darüber hingeben, daß mindestens so sehr wie durch eine Erklärung des Reichskanzlers das Deutsche Reich durch die Erklärung der Sozialdemokraten in Stockholm festgelegt ist.“

Wenn man also die Bilanz der Erklärungen der Zentralmächte-Sozialpatrioten in Stockholm zieht, so zeigt sich: es handelt sich hier um eine Sondierung, ob auf dem Boden dieser Vorschläge die Entente bereit sei, Friedensverhandlungen zu beginnen. Wenn also Herr Tanfö, der Adlaus Legiens, — der die russischen Sozialdemokraten begleitete, die über Deutschland nach Schweden gingen, weshalb die russischen Genossen jede Unterredung mit ihm abgelehnt haben — in der „I. R.“ ein furchtbares Geseire darüber macht, daß die Ententediplomatie auch über die vertraulichsten Verhandlungen im Stockholmer skandinavisch-holländischen Komitee informiert sei, so soll er doch nicht naiv tun.

Sollte die Entente die Friedensprogramme der Sozialpatrioten der Zentralmächte für keine genügende

Grundlage zu Verhandlungen ansehen und sollten deswegen die Herren Renaudel, Thomas, Henderson „Grundsätze“ finden, die ihnen nicht erlauben nach Stockholm zu gehen, so werden die Scheidemann und Adler keine Entschädigung für ihre Offenherzigkeiten bekommen. Nun Geschäft ist Geschäft und ohne Risiko ist es nicht zu machen.

In keinem Falle hat das Unternehmen etwas mit dem Sozialismus zu tun, es ist Versuch den Knäuel der Kriegs- und Friedensfragen diplomatisch zu entwirren.

Die Genossen von der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands Haase, Ledebour, Kautsky und die kleineren Götter, die jetzt in Stockholm erschienen sind, um vor dem Tribunal der Sozialpatrioten Branting, Troelstra, Stauning die Sozialpatrioten Scheidemann, Legien, Ebert anzuklagen, die stolz erklären, wir wollen nicht mit dem Sozialpatrioten Scheidemann verhandeln, wir wollen nur mit den Sozialpatrioten Renaudel und Tschedze im Bunde die Menschheit retten, sie haben hier ein wunderschönes Betätigungsfeld für ihre diplomatischen Talente. Schon im Jahre 1909 hat Genosse Ledebour die Aufgabe der Internationale gegenüber den imperialistischen Gegenseiten als die des ehrlichen Maklers definiert. Voila! Der Henker wartet, und unser Segen zur Arbeit. Was ein Teil selbst der Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie über dieses Makleramt denkt, das hat die Chemnitzer Organisation der Unabhängigen schon öffentlich erklärt. Sie erklärte sich solidarisch mit der Stellung der Zimmerwalder Linken in der Friedensfrage und sprach den Ledebour, Kautsky und Haase das Recht ab, als ihre Vertreter zu gelten, falls sie einen anderen Standpunkt annehmen sollten, als es die Zimmerwalder Linke tut.

Die Zimmerwalder Linke d. h. die russischen Bolschewiks, die polnischen und holländischen Marxisten haben schon erklärt, daß sie sich an keinen Konferenzen der Sozialpatrioten beteiligen werden, mögen diese unter der Flagge Brantings oder Tschedzes segeln. Der Weg zum Volksfrieden führt nicht durch die Konferenz der Sozialpatrioten. Das wollen die Unabhängigen Zentrumsleute in Deutschland nicht verstehen, das können die Arbeiter sie verstehen lehren, indem sie sich von ihnen unabhängig machen.

Der Fortgang der russischen Revolution.

Wie in Frankreich 1848 ist die russische Revolution mit dem Sturz der Monarchie nicht beendet, sondern sie hat damit erst begonnen. Jetzt entwickeln sich die Klassengegensätze zu immer größerer Schärfe und sie steuern auf neue Konflikte los, viel gewaltiger und bedeutungsvoller als die, die ihren Anfang bildete. Und nur in der Auskämpfung dieser Konflikte kann sich der historische Fortschritt vollziehen.

Bis diese Entscheidung gefallen ist, ist alles vorläufig. Die vorläufige Regierung besteht aus bürgerlichen Elementen, ohne die entschiedenen Vertreter der imperialistischen Bourgeoisie, mit einigen Leuten darin, die das Vertrauen der Arbeiter besitzen. Diese Regierung der Halbheiten kann keine Klasse befriedigen, weil sie für keine Klasse gegen die andere aufzutreten magt. Sie will vermitteln, predigt Versöhnung und Mäßigung nach beiden Seiten und unterdessen wird der Zustand immer unhaltbarer. Die Desorganisation der Lebensmittel-

versorgung, der Armee, der Wirtschaft, der Staatsfinanzen, des Ackerbaus, diese Erbschaft des alten Regiments, kann nur durch entschiedenes kräftiges Eingreifen überwunden werden; aber das kann die vorläufige Regierung nicht, da sie weder nach der einen noch nach der anderen Seite anzustoßen magt.

Die Finanzlage wird immer schwieriger. Bei dem Ausbruch der Revolution war das Papiergeld auf 10 000 Million Rubel gestiegen, jetzt auf mehr als 12 000 Millionen, für das nur 1500 Millionen Gold als Deckung vorhanden sind. Bisher konnte man auf die finanzielle Hilfe Englands und Amerikas rechnen, die aus ihren Schätzen die Bundesgenossen finanzieren. Aber nur unter der Bedingung, energisch Krieg zu führen. Wenn Rußland nicht energisch Krieg führt und zu keiner Offensive fähig ist, bekommt es auch kein Geld. Daher das krampfhaft Bemühen der vorläufigen Regierung, der Welt zu beweisen, daß die Armee jeden Tag leistungsfähiger wird. Aber einstweilen halten die Geldleute noch die Hand auf der Tasche. Mit der Freiheitsanleihe ging es auch nicht gut; statt der erhofften 3 Milliarden kam nur gut 1 Milliarde ein. — Die russischen Kapitalisten haben keine Lust einer revolutionären Regierung, der sie so wenig trauen, aus der Patsche zu helfen. Diese Regierung, die unter dem Einfluß der Strafe, des Proletariats steht, ist nicht nach ihrem Geschmack; aber sie fühlen auch, daß eine starke kapitalistische Regierung unter den heutigen Machtverhältnissen noch nicht möglich ist. Deshalb wollen sie diese „sozialistische“ Regierung erst abwirtschaften lassen. Sie sind überzeugt, daß der Versuch einer demokratischen, unter dem Einfluß der Massen stehenden Regierung, absolut fehlschlagen muß, und daß aus der Krise nur die bürgerliche „Ordnung“ Rettung bringen kann. Was die heutige Regierung anbelangt, haben sie auch vollständig Recht: nicht, weil diese Regierung sozialistisch ist, sondern weil sie es eben nicht ist und deshalb keine einschneidenden Maßnahmen gegen die Kapitalisten magt. Die Arbeiter stellen Lohnforderungen und fordern kurze Arbeitszeit: eine Lohn-erhöhung, die die teure Lebenshaltung einigermaßen wettmacht und den Achtfundentag haben sie auch vielerorts errungen. Aber dabei können sie nicht aufhören; und die Fabrikanten begegnen diesen Kämpfen mit Aus-sperrungen, oder, wo sie das nicht wagen, schließen sie die Fabriken wegen Mangels an Rohmaterialien. Mag die Regierung dadurch in Verlegenheit kommen — sie magt es doch nicht, die Fabriken zu expropriieren! — um so besser!

Mit der Lebensmittelversorgung bleibt es übel bestellt. Spekulation und Wucher verteuern alles und die Regierung unterdrückt sie nicht. Die Bauern halten ihr Getreide zurück, weil sie der Regierung nicht trauen. Sie wollen das Land der Großgrundbesitzer, aber die Regierung, die es mit dieser Klasse nicht verderben möchte, vertröstet sie auf die konstitutionelle Versammlung, die darüber entscheiden soll. Mangel an Arbeitskräften und Maschinen (da der Krieg zuviel Menschen und zuviel Fabriken in Anspruch nimmt) läßt die Lebensmittelproduktion ungenügend bleiben. Ueberall Aufgaben, die gelöst werden müssen, denen aber die vorläufige Regierung ängstlich ausweicht. Die Folge ist wachsende Zuspitzung der Gegensätze, wachsende Unordnung, wachsende Unerträglichkeit der Zustände.

229

Ein Ausweg ist nach zwei Seiten möglich: aus der „vorläufigen“ Unordnung entweder zur kapitalistischen Ordnung oder zur sozialistischen Ordnung. Siegt in dem kommenden Konflikt die „Ordnung“ über die „Anarchie“ (dies ist der Name, mit dem die bürgerliche Presse die auf den Sozialismus zielenden Aktionen der Arbeiter belegt), dann müssen die Arbeiter wieder ins Joch, die Freiheitsträume vergessend, zu schuften in langer Arbeitszeit, Mehrwert zu produzieren; dann müssen die Bauern schuften, um Getreide für den Export zu schaffen, als Zins für die Kapitalschulden; dann geht der Krieg weiter und dann schicken die Dollaronarchen neue Millionen, um die Staatsmaschine im Gange zu halten; dann wird Rußland ein ordinäres kapitalistisches Land. Das ist das Ziel und das Sehnen der russischen Bourgeoisie.

Wenn aber in dem nächsten Konflikt die Regierung vor dem Proletariat weichen muß und dessen entschiedenste, klarste, bewußteste Richtung die Führung bekommt, dann wird sich zum ersten Male in der Weltgeschichte das Bild eines Proletariats zeigen, das seine politische Herrschaft benutzt, um den Weg zur politischen Ordnung anzubahnen. Dann wird sich zeigen, daß noch eine andre Ordnung möglich ist als die der kapitalistischen Ausbeutung. Eine gewaltige Aufgabe wirtschaftlicher Neugestaltung steht dann vor unseren russischen Genossen; aber sie werden sie lösen können, weil sie durch keine Rücksichten auf Kapitalinteressen daran gehindert werden, nach dem Interesse der Volksmassen zu handeln. Eine solche Arbeiterregierung wird die Fabriken der widerwilligen Kapitalisten beschlagnahmen, damit die Arbeiter und Techniker die Produktion weiterführen; sie wird den Verkehr regeln, damit die Lebensmittelversorgung keine Störung erleidet; sie wird die Bauern das Land nehmen lassen, das zur Getreideproduktion nötig ist; sie wird landwirtschaftliche Maschinen herstellen und verbreiten lassen; sie wird Wucher und Spekulation rücksichtslos unterdrücken. Dazu ist natürlich auch als erste Bedingung nötig: die Beendigung des Krieges, damit die ungeheuren Lasten für unproduktive Zwecke aufhören und die Soldaten zur Heimat wiederkehren. Gelingt es nicht den Krieg durch einen allgemeinen Frieden zu beenden, dann wird dieser Prozeß der Neubelebung der Volkswirtschaft im hohen Maße gestört werden.

Aber damit kann das Programm einer revolutionär-proletarischen Regierung nicht aufhören. Die furchtbare Schuldenlast, dem Lande durch den Zarismus und den Krieg aufgebürdet, würde Rußland weiter tributpflichtig an das westeuropäische Kapital binden und es aus der Armut nicht emporkommen lassen. Die Kapitalisten haben nicht dem europäischen Volke diese Milliarden geliehen, sondern dem Zaren zur Niederhaltung des Volkes. Das Volk wird diese Schuld nicht anerkennen. Annullierung der Staatsschulden, so lautet einer der Programmpunkte der Zimmerwalder Linken — sonst würde nach dem Krieg jede Volkswirtschaft einfach zusammenbrechen. Die russischen Arbeiter werden dann am Ersten dabei sein, diese Lösung zu verwirklichen.

Es ist daher nicht Zufall, daß die ganze bürgerliche Presse Europas über die Bolschewiks und ihr Organ die „Prawda“ unablässig herfällt, sie in den größten Löhnen beschimpft, und sie nie mit einem gelinderen Titel als „Anarchisten“ bezeichnet. Für Frankreich und Eng-

land steht noch mehr auf dem Spiel, als daß sie einen Krieg verbündeten verlieren. Ihre Kapitalisten verlieren alle Milliarden, die sie in russischen Staatsanleihen angelegt haben: und von den Industrie- und Bergwerksgesellschaften, die sie finanziert haben, gehen die Profite gleichfalls flöten. Und sogar bei ihren Feinden wird man, des bösen Beispiels wegen, kaum Schadenfreude empfinden können. Dann fängt der Zusammenbruch für das Kapital an. — Das wird in Wirklichkeit der Beginn der proletarischen Revolution, die Götterdämmerung des Kapitalprofits sein.

Die Entwicklung des russischen Klassenkampfes wird darüber entscheiden. Einstweilen wurstelt die Koalitionsregierung weiter, unfähig, irgend eine Aufgabe zu lösen, aber als bürgerlich führende Regierung bereit, jedesmal gegen das Proletariat aufzutreten, wenn es seine Forderungen zu laut erhebt. Aber ihre Tage sind gezählt. Wenn es aber zum großen Kampfe kommt, wird es von der Haltung der Bauernsoldaten abhängen, wer siegt — ob sie sich von den bürgerlichen Demokraten und Ideologen aller Schattierungen gegen die Arbeiter verhehlen lassen, oder ob sie sich ihrer gemeinsamen antikapitalistischen Interessen mit dem Proletariat bewußt werden.

Die Offensive und die Stockholmer Friedenskonferenz.

An demselben Tage, an dem die sozialpatriotischen Minister Teretelli, Skobelow, Tschernow und Kerenki im Einvernehmen mit den imperialistischen Regierungen Frankreichs, Englands und den Vereinigten Staaten Amerikas, aber unter Geheimhaltung vor der russischen Arbeiterschaft, der Armee den Befehl zur Offensive erteilten, in dem Moment, wo die russischen Proletarier und Bauern von neuem in den wilden Kampf mit den Deutschen und Oesterreichern gejagt wurden, an demselben Tage reisten die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates nach Stockholm, um eine internationale Friedenskonferenz zu organisieren.

Auf dem Bahnhof von Stockholm wurden sie mit Ehrfurcht ebenso von den Vertretern einer oppositionellen sozialistischen Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, wie von den Vertretern der sozialpatriotischen Mehrheiten Deutschlands und Oesterreichs und ihren „neutralen“ Agenten empfangen. Sie gingen sofort an die „Friedensarbeit“. In „brüderlicher“ Weise verhandelten sie mit Adler, dem Führer der österreichischen, mit Müller, dem Vertreter der deutschen Sozialpatrioten, dann berieten sie mit den neutralen „Diplomaten“, den Burgfriedenmännern Branting und Troelstra. Und das Resultat war der Zusammenschluß der Konferenz, die der Arbeiter-Delegiertenrat organisieren wollte, mit der die auf Initiative der deutsch-österreichischen Sozialpatrioten von dem „skandinavisch-holländischen“ Sozialpatrioten einberufenen Konferenz vorbereitet wurde.

In einem gemeinsamen Manifest berufen sie jetzt eine internationale sozialistische Friedenskonferenz für den 15. August nach Stockholm ein. Das Bild der Verbrüderung mit den Vertretern des russischen revolutionären Arbeiter-Delegiertenrates, das Bild von Vorbereitungen zu einer Friedenskonferenz, wo man gleichzeitig seinen Segen zu einer Offensive im Interesse des englisch-französischen Imperialismus gibt, ist so kraß, so auf-

reizend, daß sich jeder denkende Proletarier fragen muß: Hat auch die russische Revolution schon ein Geschlecht zynischer Diplomaten gezüchtet, die glauben, alles den Arbeitermassen bieten zu können?

Wir wollen uns hier diese Fragen sparen, umso mehr, als nicht in ihnen der Schwerpunkt der Sache liegt: nicht der persönlichen Schlechtigkeit der sozialpatriotischen russischen Führer, sondern ihrer Politik ist die Offensive in Ostgalizien und dem Stockholmer Verbrüderungsversuch mit den Sozialpatrioten aller Länder entspringen.

Vor den Führern der russischen Revolution standen praktisch zwei Wege zum Frieden offen: der revolutionäre und der diplomatische. Der revolutionäre Weg bestand in dem Ergreifen der politischen Macht in Rußland, dem Bruch der imperialistischen Raubverträge, die der Zar mit der Entente geschlossen hat.

Dieser Weg bedeutete den Verzicht auf jede finanzielle Unterstützung seitens der Entente, d. h. die Notwendigkeit der sofortigen Beschlagnahme der Banken, Uebernahme der Fabriken, Konfiskation des Vermögens der Klöster, des junkerlichen Grund und Bodens, um auf diese Weise die materiellen Mittel zur Reorganisation des Landes, zur Ernährung der Armee in die Hände zu bekommen. Nachdem die russische Revolution so die Bande des Imperialismus abgestreift hätte, würde es sich nur um die Verteidigung der proletarisch-demokratischen Revolution handeln.

Dann würden die Volksmassen Rußlands sich wirklich in der Verteilung befinden. Das Wesen der Politik der russischen Revolution wäre: Bändigung des Imperialismus bei sich zu Hause, Bruch mit dem Entente-Imperialismus.

Der zweite Weg, der diplomatische, bestand in dem Einwirken auf die Entente wie auf die Zentralmächte, damit sie sich möglichst schnell zum Verhandlungstisch setzen. Dieser Weg erforderte vorerst diplomatischen Druck auf die Regierungen von London und Paris. Aber da die Sozialpatrioten dem Kapital im eigenen Lande nicht an den Krügen zu gehen wagten, wurden sie von der Londoner, Pariser, Newyorker Börse jeden Tag finanziell abhängiger: So mußten sie ihr die Offensive zugestehen. Und weil sie von ihr immer abhängiger wurden, so mußten sie versuchen, sich gegen die Ententeregierungen auf die Ententevolksmassen stützen. So suchten sie die Sozialpatrioten der Entente, die bisher für die Niederdrückung Deutschlands durch einen Ententesieg eintreten, zu überzeugen, daß es gilt, für einen Kompromißfrieden zu wirken. Die zunehmende Gährung in den Volksmassen Frankreichs und Englands legt es den Renaudels und Hendersons nahe, eventuell diese Richtung einzuschlagen, aber sie fordern die Sicherung, daß die Sozialpatrioten der Zentralmächte es auch tun werden. Darum müssen die russischen Sozialpatrioten auch an die Bekehrung der Scheidemänner und Adlers gehen. Wenn sie das aber erreichen wollen, dann dürfen sie nicht von vornherein von den Scheidemännern fordern: Brecht den Burgfrieden! Sie müssen ihnen allen goldene Brücken bauen. Darum verscharren sie ihre ersten Aufrufe an die Arbeiterklasse aller Länder, darum zerreißten sie die ersten Aufrufe zur Konferenz, in denen sie den Bruch mit den Regierungen als Vorbedingung der Teilnahme an der internationalen Konferenz nannten, darum sorgen sie

sich nur darum, ob die Sozialpatrioten aller Länder kommen, um gemeinsam den Schacherfrieden der imperialistischen Diplomatie vorzubereiten.

Wie die kurze Geschichte des russischen sozialpatriotischen Ministerialismus die Geschichte des Zurückweichens vor dem Kapital, vor dem Imperialismus ist, so ist die Geschichte der internationalen Bemühungen der sozialpatriotischen Mehrheit des Arbeiter-Delegiertenrates, die Geschichte des Zurückweichens vor dem europäischen Sozialpatriotismus.

Der revolutionäre Weg konnte mit einer Niederlage enden. Wir sind überzeugt, daß dies nicht eintreten würde, da wir die Welle des proletarischen Kampfes gegen den Imperialismus in allen Ländern wechseln sehen. Aber wir gestehen ein, theoretisch ist es möglich, daß das Tempo dieser Entwicklung langsam sein und die russische Revolution inzwischen zusammenbrechen könnte. Würde sie aber im Kampfe gegen das Weltkapital besiegt werden, so würde dies nicht nur ein Baustein des weitem revolutionären Kampfes des russischen Proletariats sein — wie die niedrigerungene Kommune von 1871 eine Kraftquelle der weiteren Entwicklung des französischen Sozialismus war, wie die niedrigerungene russische Revolution 1905 die Mutter der siegreichen Revolution von 1917 war, — sondern der Verzweiflungskampf der russischen Revolution gegen das Weltkapital würde auch das europäische Proletariat aufs tiefste aufwühlen. Der Weg, den die Sozialpatrioten Rußlands betreten haben, ist geeignet, den Kampf des europäischen Proletariats zu verzögern, die russische Revolution der Erdrösselung in den Armen der verbündeten imperialistischen Regierungen entgegen zu führen. Die Offensive, die die Rückseite des Faktierens mit dem Imperialismus und Sozialpatriotismus bildet, untergräbt das Vertrauen der Arbeitermassen aller Länder zu der Revolution als Friedensbringerin. Nicht nur die hinter den Sozialpatrioten stehenden Volksmassen werden in ihrem Vertrauen zu den Führern gestiftet, die es mißbrauchen werden, die selbst nur in Worten gegen den Imperialismus protestieren. Dank der Autorität des Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenrates, als des Organs der russischen Revolution, werden die schwankenden Elemente, die auf dem Wege der Trennung von den Sozialpatrioten waren, zu ihnen zurückgeführt. Die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands, die italienische Partei haben schon den Weg nach Stockholm, der ein Weg nach Kanossa ist, gefunden.

Unfähig, die Revolution in Rußland weiterzuführen, wurden die Führer der sozialpatriotischen Mehrheit des russischen Arbeiter-Delegiertenrates zum Stein auf dem Wege der Wiederaufrichtung der Internationale des Kampfes gegen den Imperialismus. Auf diese Weise erhöhen die Sozialpatrioten Rußlands die Gefahr, daß die russische Revolution zum Opfer des Krieges wird, zum Opfer das nicht im Kampfe gegen den Imperialismus gefallen ist, sondern verstrickt im Fangnetz seiner eigenen Widersprüche, seines Kleinmuts, ein Spielball des Imperialismus. Sie eskamotieren die einzige revolutionäre Wirkung einer eventuellen Niederlage: das unauslöschbare Bild der heroisch gegen das Kapital kämpfenden Arbeiterklasse.

Die revolutionären Sozialdemokraten Rußlands

(Bolschewiki) gehen nicht zur sozialpatriotischen Konferenz. Die polnischen, bulgarischen, holländischen revolutionären Sozialdemokraten tun es auch nicht. Von dem Widerhall, den ihr Entschluß bei den anderen Zimmerwalder Parteien finden wird, besonders bei der Spartakusgruppe in Deutschland, wird es abhängen, ob sich ein organisierter internationaler Mittelpunkt des zielbewußten Kampfes gegen den Imperialismus bilden lassen wird, der fähig würde, die wachsende Gährung der Arbeiterchaft in allen Ländern in das Bett eines wirklichen Kampfes gegen den Imperialismus zu leiten.

Ein Brief Lenins an den Bauernkongreß.

Lenin war von dem Zentralkomitee seiner Partei beauftragt, die Partei auf dem Kongreß der Bauerndeputierten (Ende Mai) zu vertreten. Da er durch Krankheit verhindert war, persönlich zu erscheinen, schickte er dem Kongreß einen offenen Brief, dem wir Folgendes entnehmen:

„Die großen Differenzen, die uns von den Sozialrevolutionären* und den Menschewiks trennen, zeigen sich in drei wichtigen Fragen: Des Bodens, des Krieges und der staatlichen Organisation.

Aller Grund und Boden muß dem Volk gehören. Aller Grund und Boden der Großgrundbesitzer muß ohne Entschädigung den Bauern zufallen. Das ist klar. Aber der Streitpunkt ist: sollen die Bauern selbst Besitz vom Boden ergreifen, ohne weiterhin den Grundherren Pacht zu zahlen, ohne auf die konstituierende Versammlung zu warten, oder sollen sie das nicht tun?

Unsere Partei ist der Ansicht, daß sie es tun sollen; und sie rät den Bauern, örtlich den Boden baldigst zu übernehmen. Sie sollen das möglichst organisiert tun, dabei den Besitzungen keinen Schaden zufügen, und alle Kräfte anstrengen, die Produktion von Getreide und Fleisch zu vermehren, denn die Soldaten an der Front leiden Hunger. Die konstituierende Versammlung wird die endgültige Verteilung des Bodens regeln; aber eine vorläufige Verteilung, jetzt noch vor der ersten Heuernte, ist nur möglich durch lokale Komitees; denn die vorläufige Regierung, eine Regierung von Großgrundbesitzern und Kapitalisten, schiebt die Einberufung der konstituierenden Versammlung auf.

„Damit der Grund und Boden dem arbeitenden Volke zufällt, ist es nötig ein enges Band zwischen den städtischen Arbeitern und den armen Bauern, die auch halb-Proletarier sind, zu knüpfen. Ohne ein solches Band ist es unmöglich, die Kapitalisten zu besiegen. Und werden sie nicht besiegt, so wird nichts aus dem Uebergang des Bodens in die Hände des Volkes, und auch nichts aus der Befreiung des Volkes von der Armut. Ohne Geld, ohne Kapital kann man sich keine Werkzeuge verschaffen, kein Vieh und keine Saat. Nicht auf die Kapitalisten sollen die Bauern ihr Vertrauen setzen, noch auf die reichen Bauern, die auch Kapitalisten sind, sondern nur auf die Arbeiter der Städte.

„Unsere Partei, die Partei der bewußten Arbeiter und der armen Bauern, verurteilt diesen Krieg. Wir lehnen es ab, den Kapitalisten eines Landes gegen die

Kapitalisten des anderen Landes Recht zu geben und die Kapitalisten irgend eines Landes zu unterstützen. Wir erstreben die baldige Beendigung des Krieges durch den Sturz der Kapitalisten.

„Wir sind überzeugt, daß die Kapitalisten das Volk betrügen. Sie versprechen einen raschen und gerechten Frieden, aber in der Tat führen sie den Krieg weiter. Die russischen Kapitalisten wagen es auch jetzt noch nicht, die Geheimverträge zu veröffentlichen, die der frühere Zar Nikolaus Romanow mit den französischen und englischen Kapitalisten abschloß, die Türken aus Konstantinopel und Armenien, die Oesterreicher aus Galizien zu verjagen usw. Die provisorische Regierung hält diese Verträge aufrecht.

„Das Blut der Arbeiter und Bauern darf nicht für die Raubzwecke des Kapitalismus vergossen werden. Möglichst bald soll der Krieg beendet werden — nicht durch einen Separatfrieden mit Deutschland, sondern durch einen allgemeinen Frieden, und nicht durch einen kapitalistischen Frieden, sondern durch einen Frieden der Arbeitermassen. Dazu gibt es nur diesen Weg, daß die Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndelegiertenräte die Macht in die Hände nehmen.

„Rußland muß eine demokratische Republik werden. Das sagt auch die Mehrheit der Grundbesitzer und Kapitalisten. Sie standen bisher immer für die Monarchie, aber jetzt sind sie überzeugt, daß das russische Volk um keinen Preis die Monarchie dulden würde. Deshalb strengen sich die Kapitalisten jetzt an, zu bewirken, daß die Republik einer Monarchie möglichst ähnlich wird und am leichtesten wieder in eine Monarchie umzuwandern ist. Sie wollen deshalb eine Bureaukratie erhalten, die über dem Volke steht; sie wollen eine Polizei und eine Armee, die vom Volke getrennt sind und unter Generälen und Offizieren stehen, die nicht durch das Volk gewählt sind. Wenn die Offiziere und Generäle nicht vom Volke gewählt sind, gehören sie fast immer zu den Grundbesitzern und Kapitalisten, das zeigt die Erfahrung aller Republiken.

„Unsere Partei erstrebt eine andere Art demokratischer Republik. Wir wollen eine Republik ohne eine vom Volke getrennte Polizei, eine Republik, in der alle Beamte von unten bis oben vom Volke gewählt werden und ersetzt werden können und nicht mehr verdienen als ein tüchtiger Arbeiter, eine Republik, wo alle Kommandierenden in der Armee vom Volke gewählt werden, wo die stehende Armee durch eine allgemeine Volksbewaffnung ersetzt wird. Wir wollen eine solche Republik, damit alle Regierungsmacht nur bei den Räten von Arbeitern, Bauern, Soldaten und anderer Delegierten beruht. Denn Arbeiter und Bauern bilden die Masse der Bevölkerung, sie müssen die Regierung in den Händen haben, nicht die Grundbesitzer und Kapitalisten.

„Das ist unser Standpunkt, Brüder, Bauerndeputierte. Wir sind überzeugt, daß die Erfahrung bald den Massen zeigen wird, wie falsch die Politik der Sozialrevolutionäre und der Menschewiks ist. Die Erfahrung wird zeigen, daß die Rettung Rußlands, das am Rande des Untergangs steht, daß die Rettung aller durch den Krieg erschöpften Völker nicht möglich ist durch Zusammengehen mit den Kapitalisten. Die Rettung kann nur stattfinden durch Uebergang der politischen Macht in die Hände der Bevölkerungsmehrheit.“

* Eine utopistisch-gefühlsozialistische, etwas anarchistische Partei, deren bekanntester Führer Kubanowitsch ist und der bedeutenden Anhang unter den Bauern hat.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.** Nr. 31

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Altmunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 4. August 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Eine imperialistische Kritik des Pazifismus	Seite 233
Abtrünnig	„ 235
Der gewerkschaftliche und politische Kampf	„ 236
Das Komplott gegen die russische revolutionäre Sozialdemokratie	„ 237
Blut und Rot	„ 237
Feuilleton:	
Ein Bekenntnis. Von J. Knief (Holland)	„ 239

Eine imperialistische Kritik des Pazifismus.

Es ist während des Krieges mehrfach vom Frieden die Rede gewesen. Wir meinen, in den politischen Kreisen. Die Völker reden vom Frieden vom ersten Tage des Krieges an. Gleich im August 1914 ging es von Mund zu Mund: Im Herbst sind wir wieder zurück! Darin drückte sich gleichermaßen Siegesgewißheit und Friedenshoffnung aus. Seitdem ist die Friedenssehnsucht der Völker größer und größer geworden. Von dieser allgemeinen, man könnte sagen internationalen Friedensstimmung der Völker reden wir jetzt nicht. Solange sie sich nicht in Aktivität umsetzt, ist sie der Nährboden für allerhand reaktionäres Kraut. Vom imperialistischen, wie vom sozialistischen Standpunkt ist sie ein Zeichen der Schwäche. Als politischer Faktor aber ist sie bedeutungslos. Wir reden von der Friedensströmung; die von politischen Kreisen ausgeht.

Es gab in Deutschland während des Krieges eine Zeit, wo das Reden vom Frieden dem Eingeständnis der Schwäche gleichkam. Das war die Meinung von Bethmann bis Scheidemann. Noch am 9. Dezember 1915 erklärte der Reichskanzler feierlich: „Solange diese Verstrickung von Schuld und Unkenntnis bei den feindlichen Machthabern besteht, wäre jedes Friedensangebot von unserer Seite eine Torheit, die nicht den Krieg verkürzt, sondern verlängert. Erst müssen die Masken fallen. Mit Theorien, mit Friedensäußerungen von unserer Seite kommen wir nicht vorwärts und nicht zu Ende.“ Fast auf den Glockenschlag, ein Jahr später aber, am 19. Dezember 1916, erklärte derselbe Reichskanzler: „Unsere Stärke macht uns nicht taub gegen unsere Verantwortung vor Gott, vor dem eigenen Volke und vor der Menschheit. Unseren Erklärungen zur Friedensbereitschaft sind die Gegner vorher ausgewichen.“ — Und im März 1917: „Wir begehren nichts anderes, als möglichst wieder im Frieden mit dem russischen Volke zu leben, in einem Frieden, der auf einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage aufgebaut ist.“ Und prompt setzte das sozialpatriotische Friedensorchester ein und ließ seine Weisen

durch das Land tönen, und seine Konzertmeister gaben ihre Gastrollen. Es ist eine etwas plötzliche Wendung in der Haltung, die die Regierung in der Friedensfrage beobachtet hat. Als in Rußland die Revolution ausbrach, wurde der Gedanke an einen Sonderfrieden in weiten Kreisen Deutschlands lebendig. Kerenski aber erklärte sich für die Fortsetzung des Krieges; der Arbeiter- und Soldatenrat wies jeden Gedanken eines Sonderfriedens als Verrat an der Revolution zurück, und statt des Waffenstillstandes hat der Sommer eine neue große russische Offensive gebracht. Die Friedensapostel haben also Ursache, in ihrem Eifer nicht zu erlahmen. So hat denn die betriebfame Kriegs- und Friedensgesellschaft m. b. H. der Herren Scheidemann und Ebert wieder die Segel auf volle Fahrt gesetzt. Verständigungsfriede und Demokratie! so ist es jetzt auf den Reklamebildern der tüchtigen Firma zu lesen. Und das, obgleich die Feinde noch nicht zur Besinnung gekommen sind! Obgleich noch immer von der Zerschmetterung Deutschlands geredet wird! Obgleich noch keine Maske gefallen ist! Verständigungsfriede! Die Sozialpatrioten haben ihre Gründe, sich in die Pose der Friedensstifter zu werfen.

So hat der Pazifismus von den Sozialpatrioten und ihrer Abart endgültig Besitz ergriffen, und es ist wieder an der Zeit, die Arbeiter zu warnen. Die Sozialpatrioten freilich, abgleich sie noch im Januar von dem pazifistischen Friedensprogramm ihres Aeltermannes Rautsky erhebliches Aufsehen machten, beobachteten über die seit Wilsons Botschaft reichlich kompromittierten Schiedsgerichts- und Abrüstungspläne verschämtes Schweigen. Man darf aber nicht glauben, daß sie deshalb schon von ihren Lieblingsideen lassen werden. Sie werden sich das Herumbrüten auf diesem Gedanken ebensowenig abgewöhnen, wie alte Hennen, denen man die Brutlust durch Steißabkühlung immer nur vorübergehend verleiden kann. Ihr Schweigen über den Pazifismus ist nichts als Hilflosigkeit und diplomatische Windbeutelei. Wollten sie den Sozialpazifismus bekämpfen, so müßten sie ihre ganze bisherige Politik bekämpfen. Auch sie werden das Kunststück nicht fertig bringen, sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf zu ziehen.

Inzwischen ist jede wirkliche Kritik, d. h. jede Kritik, die dem kritisierten Gegenstand etwas Positives gegenüberzustellen vermag, zu begrüßen und für die Arbeiter von Wert, ganz gleich, von welchem Standpunkt sie geschrieben ist. In einer kurz vor dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg erschienenen Schrift, „Deutschlands